

Kommentare

PETER PHILIPPS

Eine tiefe Zäsur mit noch unabsehbaren Folgen



Gab es je einen Sportunfall mit derart weitreichenden Folgen? Natürlich gelten im Moment erst einmal alle guten Wünsche der weiteren Genesung von Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus; und alles Mitgefühl den Hinterbliebenen der verstorbenen Beata C., die so tragisch mit Althaus zusammenstieß. Aber wenn Fassungslosigkeit, Trauer und Schmerz abklingen, werden die Fragen lauter und die Konsequenzen deutlicher werden.

Denn Dieter Althaus ist eben nicht irgendein Skitourist, der einen schweren Unfall überlebt hat. Er steht an der Spitze eines Landes in schwieriger Zeit. Nicht nur die laufenden Regierungsgeschäfte müssen erledigt werden. Im Juni warten Kommunal- und Europa-Wahlen. Im August will die noch allein in Thüringen regierende CDU bei der Landtagswahl das Ministerpräsidenten-Amt verteidigen. Und im September soll der Kanzlerin-Vertraute eine wichtige Flanke absichern, um mitzuhelfen, Angela Merkel vier weitere Regierungsjahre zu ermöglichen.

Es ist weder gefühllos noch übereilt, auf diese Agenda zu verweisen. Denn sie

nimmt in ihrer Eigendynamik keine Rücksicht auf persönliche Schicksalsschläge. Und die Schuld an dem Unfall, die möglicherweise nie endgültig zu klären sein wird, ist dabei noch völlig ausgeklammert.

Worum es wirklich geht, ist die Frage, wie ein Mensch mit den Folgen eines derartigen Dramas, das sich am Berghang in Österreich ereignet hat, weiterleben kann. Wie er damit fertig wird. Denn irgendwann in den nächsten Stunden oder Tagen wird der Familienvater Dieter Althaus erfahren, dass eine Mutter von vier Kindern durch das Unglück gestorben ist, an dem er beteiligt war. Dies wird der Moment einer Zäsur in seinem Leben sein.

Althaus ist tiefgläubiger Katholik, er hat ein intaktes familiäres Umfeld und in der Spitze eines Landes in schwieriger Zeit. Dies wird der Moment einer Zäsur in seinem Leben sein. Althaus ist tiefgläubiger Katholik, er hat ein intaktes familiäres Umfeld und in der Spitze eines Landes in schwieriger Zeit. Dies wird der Moment einer Zäsur in seinem Leben sein.

Endloses Drama

Bis in die jüngsten Tage hinein hielten sich Überlegungen, die israelische Drohung mit einem Einmarsch nach Gaza könnte letztlich Drohung bleiben. Zu groß schien das militärische Risiko, zu groß die Gefahr immenser Verluste unter der palästinensischen Zivilbevölkerung – und eigener –, zu groß die Wahrscheinlichkeit der internationalen Isolierung.

Die Überlegungen erwiesen sich als haltlos. Denn der Einmarsch liegt in der Logik der Eröffnung der Kampfhandlungen durch die israelische Luftwaffe. Wenn Israel Erfolg haben will, dann nur

über Operationen am Boden. Die generelle Frage aber ist: Kann das überhaupt ein Weg der Konfliktlösung sein und führt er im Gegenteil nicht noch tiefer in die nahöstliche Tragödie?

Verwiesen sei hierbei auf den gescheiterten Libanon-Feldzug 2007. Er forderte einen hohen Blutzoll, zerstörte zahllose Gebäude – und die Hisbollah fühlte sich dennoch als Sieger. Der Vorgang könnte sich in Gaza wiederholen. Aber wie verfährt man mit einem Gegner, der nicht aufhören will zu schießen, weil sein Ziel die Vernichtung Israels ist? GÜNTHER MARX

Aus Fehlern nichts gelernt

Wenn das mal gut geht: Als hätte es die einjährige Selbstblockade der hessischen Landespolitik nicht gegeben, werden in Wiesbaden wieder munter alle möglichen Koalitionsmodelle ausgeschlossen. CDU-Koch will keinesfalls mit Schäfer-Gümbel (SPD) oder Al-Wazir (Grüne) regieren. Die SPD verspricht, dass es unter Koch niemals eine Große Koalition geben wird.

Doch was ist, wenn es nach dem 18. Januar für die jeweilige Wunschkonstellation nicht reichen sollte? Folgt dann der Wortbruch? Wird erneut geschäftsführend wei-

terregiert? Gibt es abermals Neuwahlen? Zwar sieht alles nach einem Sieg für Schwarz-Gelb aus, aber Überraschungen sind bei Wahlen – zum Glück – nie auszuschließen.

Die Gründe für die voranschreitenden Festlegungen liegen auf der Hand: Man will Härte gegenüber dem politischen Gegner zeigen und klar sagen, wo es nach der Wahl lang geht. Dass dieser Weg auch in die Sackgasse führen kann, wird in Kauf genommen. Es ist offensichtlich: Die hessischen Parteistrategen haben aus den Fehlern der Vergangenheit nichts gelernt. MICHAEL GABEL

Gesagt ist gesagt



„Wir dürfen nicht zulassen, dass ein größerer Teil der jungen Generation zur ‚Generation Doof‘ wird. Wir müssen vermitteln, dass es Spaß macht, informiert zu sein.“

Der neue ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust

„Vertrauen in die Wunderkräfte des Kapitalismus ist erschüttert“

Der in Kalifornien lebende Hans N. Weiler über aktuelle Stimmungen in den USA und Erwartungen an Barack Obama

Die Finanzkrise hat die amerikanische Gesellschaft bis ins Mark getroffen. Doch obwohl sich mit dem künftigen Präsidenten Barack Obama große Hoffnungen verbinden, sollten diese nicht überstrapaziert werden, warnt der frühere Rektor der Viadrina, Hans N. Weiler. Mit ihm sprach DIETRICH SCHRÖDER.

Märkische Oderzeitung: Professor Weiler, welchen Neujahrswunsch haben Sie am häufigsten gehört?

Hans N. Weiler: Vor allem, dass der künftige Präsident Barack Obama die in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt.

Haben Sie selbst auch Geld in der Finanzkrise verloren?

Durchaus, denn hier in den USA sind die Pensionen ja auf privater Basis angespart. Und die Kasse, aus der meine Bezüge kommen, ist durch die Krise auch ganz schön gebeutelt worden, was sich in der Höhe der Zahlungen deutlich bemerkbar macht. Es braucht sich niemand Sorgen um uns zu machen, aber ich rede nicht als Theoretiker, wenn ich hier über die Lage in Amerika spreche.

Montags-INTERVIEW

Viele Deutsche sehen die USA als Hauptverursacher der Krise. Wie groß ist dort die Einsicht, dass man Fehler gemacht hat?

Ich möchte mir wünschen, dass die Einsicht in Europa so ausgeprägt wäre, wie sie es hier ist. Denn Fehler sind auch ganz massiv in Europa und in Deutschland gemacht worden, wenn ich an etliche Landesbanken oder an die Hypo Real Estate denke.

Natürlich ist völlig richtig, dass einige dieser zweifelhaften Instrumente, die zu den Werkzeugen der Krise gehört haben – wie zum Beispiel Derivate –, hier erfunden worden sind. Nur haben sich andere Finanzsysteme dieser Instrumente auch sehr freudig bedient.

Der 11. September 2001 bewirkte seinerzeit einen tiefen Einschnitt ins Bewusstsein der Amerikaner. Welchen Einschnitt stellt heute die Tatsache dar, dass die größten Automobilkonzerne vom Staat gerettet werden müssen?

Das ist ein interessanter Vergleich, wobei der Terroranschlag vom 11. September ein von Außen auf die USA treffendes Ereignis war, die Krise der Automobilindustrie dagegen ein hausgemachtes Problem ist.

Aber es kommt doch jetzt ein Weltbild ins Wanken...



„Suche nach neuen Maßstäben“: Hans N. Weiler plädiert für eine differenzierte deutsche Sicht auf die Vereinigten Staaten von Amerika.

Foto: GMD / Dietmar Horn

In der Tat. Das für die USA typische, völlig unkritische Vertrauen in die Wunderkräfte des Kapitalismus ist zutiefst erschüttert. Wegen dieses Vertrauensverlustes sowohl in die moralische wie auch in die funktionale Leistungsfähigkeit des Systems kann man von einer echten Orientierungskrise sprechen, die Amerika erfasst hat.

Die Automobilindustrie in Detroit stand ja gerade für die strahlende Kraft dieses Systems. Und es wird wohl trotz aller Stützungsversuche eine solche Industrie nicht mehr geben.

Könnten dort jetzt nicht Autos mit geringerem Verbrauch produziert werden?

Das wäre sehr schön. Doch angesichts dessen, was in den vergangenen Wochen passiert ist, bin ich skeptisch. Da der Benzinpreis gesunken ist, wer-

den schon wieder fleißig die dicken Geländewagen beworben. Der Druck der Bush-Regierung ist auch sehr gering, die gibt nur unverbindliche Empfehlungen.

Verlieren die USA bis zur Vereidigung Obamas am 20. Januar nicht einfach nur Zeit?

So ist nun einmal die Verfassungswirklichkeit. Ich kann mir schon vorstellen, wie Obama jetzt endlich anpacken möchte. Andererseits habe ich in den 43 Jahren, die ich in Amerika lebe, noch keine Übergangsphase erlebt, in der der neue Präsident schon so gestalterisch tätig war. Seine Mannschaft, die von bemerkenswerter Qualität ist, kam in Rekordzeit zusammen. Und sein 800-Milliarden-Dollar-Programm, das die Infrastruktur stärken soll, ist ausgearbeitet. Aber natürlich spielt jetzt auch die Zeit eine Rolle und man

kann nur hoffen, dass es bis dahin noch nicht zu spät ist.

Einige Optimisten behaupten ja bereits, Amerika werde aus dieser Krise letztlich gestärkt hervor gehen!

Bis das so weit ist, wird es angesichts der riesigen Schulden lange dauern. Ich vertraue allerdings sehr auf den Erfahrungsreichtum der diesigen Industrie und Wissenschaft, wobei ich da natürlich vom nahe gelegenen Silicon Valley geprägt bin. Diese erfolgreiche Symbiose zwischen Wirtschaft und Wissenschaft wird es gerade bei den erneuerbaren Energien und anderen neuen Technologien wieder geben. Nur, ob sich das auf Amerika insgesamt erweitern lässt, da habe ich Zweifel.

In Deutschland erlebt der Gedanke der sozialen Markt-

Leserbriefe an die Redaktion

E-Mail-Adresse: leserbriefe@moz.de

Unnötige Kosten in Milliardenhöhe

Zu „Müntefering für Rot-Rot“ (MOZ vom 22. Dezember):

Nicht nur in Thüringen und im Saarland steht Rot-Rot vor der Tür. Auch in Sachsen und Brandenburg ist es an der Zeit, neue Koalitionen zu schmieden. Aber der Fairness halber muss rein rechnerisch nicht zwangsläufig ein SPD-Kandidat Ministerpräsident werden. Auch das sollte Herr Müntefering so deutlich sagen. Würde die SPD auch unter einem Ministerpräsidenten der Linken einen Politikwechsel vollziehen? Die Mehrheit der Wähler, zumindest im Osten, ist auch für diese Konstellation allemal vorhanden. Im föderalen

System der Bundesrepublik sind die Länder ein nicht zu unterschätzender Machtfaktor.

VOLKER MIERSCH
Schwedt

Rot-Rot ist ein Ansinnen, das in der großen Koalition und der SPD-Basis wahrscheinlich auf Ablehnung stoßen wird, für den weiteren Erhalt der SPD aber zukunftsreich ist. Vielleicht hat Müntefering mal in den zurückliegenden Parteiprogrammen der SPD nachgeschaut in denen es heißt: Es ist eine historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist notwendig.

WALDEMAR DITTFELD
Frankfurt (Oder)

An die Märkische Oderzeitung
Redaktion Leserforum
Kellenspring 6
15230 Frankfurt (Oder)

Verbesserte Vernebelungstaktiken Zu „Steinmeier weist Vorwürfe zurück“ (MOZ vom 19. Dezember):

Deutschland beteiligt sich nicht am Krieg der USA gegen den Irak, erklärte Bundeskanzler Gerhard Schröder und entsprach damit dem Mehrheitswillen der deutschen Bevölkerung. Dass die Brandenburger CDU in einer peinlichen Adresse an den USA-Präsidenten dazu eine andere Meinung vertrat, soll-

te dabei nicht vergessen werden. USA-Generäle loben die Aufklärungsarbeit des BND für die amerikanische Kriegsführung. Aber Fischer und Steinmeier erklären, dass die operativen Kampfhandlungen nicht unterstützt wurden. Ich glaube, die Vernebelungstaktiken wurden in den letzten Jahren erheblich verbessert.

VOLKWIN HASS
Strausberg

Prioritäten statt Befindlichkeiten

Zu „Ost-SPD erbost über Merkel“ (MOZ vom 19. Dezember):

Ist es nicht erlaubt, auch einmal über vernachlässigte Infrastruktur im Westen zu reden?

wirtschaft eine Renaissance. Woran glaubt man jetzt in Amerika?

Ich hätte nie gedacht, dass man hier einmal von der wichtigen Rolle des Staates sprechen würde. Das hatte ja früher fast den Charakter einer Gotteslästerung. Doch über die Bedeutung von Regierungen und staatlichen Einflüssen redet man jetzt sogar in konservativen Kreisen. Man hat die neuen Maßstäbe noch nicht gefunden, aber die Suche danach ist im Gang.

Welche Rolle spielt dabei Europa?

Man hegt gegenüber Europa immer noch eine gewisse Skepsis, aber man hat andererseits das Gefühl, dass dort im Zusammenwirken von Staat und Markt einiges richtig läuft, was in Amerika falsch gelaufen ist. Ich kann mir bei aller Vorsicht vorstellen, dass sich daraus eine amerikanische Variante von sozialer Marktwirtschaft entwickeln könnte.

Und wie schätzen Sie die deutsche Sicht auf die USA ein?

Die ist insgesamt von einer bemerkenswerten Naivität geprägt. In der Bush-Zeit war das ganz eindeutig: Was immer diese Regierung anstellte, musste aus der Sicht der Mehrheit der Deutschen falsch sein. Jetzt hat man das umgekehrte Phänomen, dass man Obama überhaupt nicht zutraut, irgendeinen Fehler zu machen. Ich plädiere für eine differenziertere Sicht.

Die Ankündigung, dass unter Obamas Führung noch mehr Soldaten nach Afghanistan gehen sollen, stellt ja schon einen Konfliktstoff mit Deutschland dar!

So ist es. Aber Deutschland wird sehr bald auch die Frage beantworten müssen, ob es seiner internationalen Rolle gerecht werden will oder nicht. Bisher steht die Antwort auf diese Frage noch aus.

Zur Person

Der 1934 in Krefeld geborene Politikwissenschaftler Hans N. Weiler lernte und forschte seit 1965 an der Stanford University in Kalifornien und besitzt die amerikanische Staatsbürgerschaft. Er war drei Jahre Direktor bei der UNESCO in Paris. Von 1993 bis 1999 wirkte er als erster gewählter Rektor an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Weiler ist als internationaler Berater in der Wissenschaftspolitik gefragt und lebt in Berlin und den USA. Er ist verheiratet und Ehrenbürger von Frankfurt (Oder). (ds)